

Flächendeckende stationäre Versorgung in Niedersachsen sicherstellen

Niedersächsische Krankenhausgesellschaft fordert zudem von der Politik ein „Sonderinvestitionsprogramm Digitalisierung“

Hannover. Das Land Niedersachsen kommt seinen Investitionsverpflichtungen für die Krankenhäuser immer noch nicht ausreichend nach. Zu diesem Ergebnis sind Vorstand und Beirat der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft (NKG) bei einer Klausurtagung in Hannover gekommen. Dort wurden die Positionen der NKG für die nächste Legislaturperiode abgestimmt. Diese sollen ausführlich im Rahmen der NKG-Mitgliederversammlung am 12. März der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Eine wichtige Position ist, dass die Investitionsmittel für die Krankenhäuser erheblich aufgestockt werden müssen. Zudem verlangt die NKG von der Politik einen Digitalisierungszuschlag, um im Flächenland Niedersachsen das Versorgungsangebot verbessern zu können.

„Trotz des bereits in der letzten Legislaturperiode verabschiedeten Sondervermögens bereitet die unzureichende Investitionsfinanzierung den niedersächsischen Krankenhäusern weiterhin erhebliche Probleme“, so NKG-Vorsitzender Dr. Hans-Heinrich Aldag: Seit Jahren sei bekannt, „dass das Volumen der Krankenhausinvestitionen zumindest verdoppelt werden muss“. Insofern seien die Erwartungen an eine Aufstockung hoch.

„Die im Wahlkampf genannte Zahl von 200 Millionen Euro für Einzelinvestitionsmaßnahmen stellt aus Sicht der NKG einen Einstieg in die Diskussion im Sinne einer Untergrenze dar“, ergänzt NKG-Verbandsdirektor Helge Engelke. Insbesondere die aufgrund des Sondervermögens vorgenommene Reduzierung der regulären Fördermittel sei vor diesem Hintergrund von der neuen Landesregierung unmittelbar zu revidieren.

Zu Recht wurde im Wahlkampf auf Bundesebene und in Niedersachsen der Fokus auf die Situation des Personals in den Krankenhäusern gelegt. „Der Fachkräftemangel hat auch die Krankenhäuser in Niedersachsen erreicht. Diese konkurrieren mit anderen Branchen um Fachkräfte und haben daher ein elementares Interesse, attraktive Rahmenbedingungen für ihre Mitarbeitenden zu schaffen“, so Verbandsdirektor Engelke. Dazu zähle insbesondere die Ausfinanzierung der Tarifikosten für die rund

100.000 Beschäftigten in den niedersächsischen Krankenhäusern.

Im den Positionen wird klar aufgezeigt, dass die derzeit von der Bundespolitik diskutierten Personaluntergrenzen das Problem des Fackräftemangels sicherlich nicht lösen und damit innovative Modelle der Arbeitsplatz- und -zeitgestaltung gehemmt werden. Das klare Bekenntnis, die vollumfängliche Vergütung von Kostensteigerungen über die Fallpauschalen zu gewährleisten, ist für die Krankenhäuser daher ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Mitarbeitenden in den Krankenhäusern. Darüber hinaus muss dringend ein weiterer Fokus auf der Nachwuchsgewinnung liegen.


Unter dem Deckmantel vermeintlicher Qualitätsverbesserungen sind der Dokumentationsaufwand und die Auseinandersetzungen mit den Krankenkassen im Rahmen von Abrechnungsprüfungen erheblich gestiegen. Sie führen zu Außenständen, die mittlerweile in die mehrstelligen Millionen gehen. Der personelle und finanzielle Aufwand von in hohem Maße unnötigen Abrechnungsstreitigkeiten wächst von Jahr zu Jahr. Mitarbeitende der Krankenhäuser sehen sich einer mittlerweile unerträglich Misstrauenskultur ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund fordert die NKG eine deutliche Reduktion des Bürokratieaufwands. Er muss überprüft und auf das wirklich Notwendige reduziert werden. Die Krankenhäuser sprechen sich ausdrücklich für Transparenz durch Dokumentation aus. „Sie darf aber nicht zum Selbstzweck werden. Datenerhebung, die nicht zur Qualitätssicherung beiträgt, muss hinterfragt und gegebenenfalls wieder abgeschafft werden“, fordert NKG-Vorsitzender Dr. Aldag.

Auch die Digitalisierung ist für die Krankenhäuser ein zukunftsweisendes Thema. Sie kann viele Abläufe weiter beschleunigen und vereinfachen. Eine zusätzliche Finanzspritze in Form eines Sonderinvestitionsprogramms ist hierfür unumgänglich. Verbandsdirektor Engelke: „Die Telemedizin ist eine weitere große Chance für ein Flächenland wie Niedersachsen, um das Versorgungsangebot verbessern zu können.“

Weiterhin nehmen sich die Positionen der NKG den Themen „sektorübergreifende Versorgung und niedersächsische Krankenhäuser im Bundesvergleich“ an.

Weitere Informationen:

- Dr. Hans-Heinrich Aldag, Vorsitzender der NKG (0511) 3 07 63-0
- Helge Engelke, Verbandsdirektor der NKG (0511) 3 07 63-0
- Marten Bielefeld, stv. Geschäftsführer der NKG (0511) 3 0763 49

 [Pressemitteilung vom 01.02.2018 \(Word-Format\) \(1,5 MB\)](#)

 [Pressemitteilung vom 01.02.2018 \(23,7 kB\)](#)

